

Westerwälder Zeitung

Erzähler vom Westerwald

Hachenburger Tageblatt

Ämtliches Kreisblatt für den Oberwesterwalddkreis

Marienberger Anzeiger

Druck und Verlag der Buchdruckerei Carl Ebner in Marienberg u. Hachenburg. — Gegr. 1848

Hauptredaktionsstelle: Hachenburg Nr. 155, Marienberg Nr. 187.

Telegramm-Adresse: Zeitung Hachenburg-Westerwald.

Anzeigen: Die 43 mm breite Millimeterzeile 20 Pfg., die 36 mm breite Millimeterzeile 15 Pfg. Bei Wiederholungen Rabattgewährung. Bei Anzeigen aus dem Oberwesterwalddkreis wird eine besondere Ermäßigung von 10% vom Nebenbetrage gewährt.

Nr. 122.

Montag, den 7. Juni 1920.

72. Jahrgang.

Weltbühne.

Die grüne Internationale.

Köln 2. Juni. Die der bayerische Bauernführer Dr. Heim hier in einer Versammlung der christlichen Volkspartei mitteilte, sind bei den sämtlichen Vereinigungen der Bauernvereine Deutschlands, Österreichs, Ungarns, Belgiens, Hollands, Schwedens, Norwegens, Vorkommungen zur Schaffung einer „grünen Internationale“ für die gesamte Landwirtschaftswelt mit dem Ziel im Haag in die Wege geleitet. Am 6. Juli findet in Pösch eine Besprechung der deutschen, österreichischen, ungarischen, bulgarischen und rumänischen Bauernführer in dieser Angelegenheit statt.

Der Sitz des Völkerbundes in Genf.

Basel, 4. Juni. Der Pariser Vertreter der Nationalzeitung, zog bei einer wohl informierten Persönlichkeit neuerdings Informationen ein, welche den Sitz des Völkerbundes betreffen. Dabei wurde ihm erstens versichert, daß niemals im Völkerbundsrate die Rede davon war, den Sitz von Genf wegzuerlegen, nicht einmal in Privatgesprächen wurden solche Ansichten laut. Daß die nächste Versammlung nicht in Genf stattfindet, ist auf leicht erklärliche technische Schwierigkeiten zurückzuführen. Genf müsse sich nur rüsten und sich bereiten, dem Völkerbunde Räumlichkeiten zur Verfügung zu stellen, dann wird der Sitz des Völkerbundes sofort in Genf aufgeschlagen.

Dortenschwindel.

Paris, 3. Juni. Der Excelsior veröffentlicht einen Artikel seines Wiesbadener Korrespondenten über eine Unterredung mit Dr. Dorten. Dieser habe gesagt, er komme heute von einer tumultuarischen Versammlung in Bern zurück, habe aber die Gewißheit, daß die separatistischen Anhänger in Bayern, Sachsen und den Rheinländern sich zu einer gemeinsamen Aktion vereinen würden. Wir sind dem Ziele nahe! Selbst die Minister teilen unseren Standpunkt. Auch Reichswehrminister Geßler steht unseren Plänen gegenüber nicht unempfindlich. Aber die Möglichkeit der Verwirklichung seiner Anstrengungen hängt, antwortete Dr. Dorten, es wäre schon vollendete Tatsache, wenn die Engländer in Köln unsere Anstrengungen erleichterten. Auf die Frage des Korrespondenten: Wollen Sie immer die Präsidentschaft des neuen Rheinlandes zu behalten? antwortete Dr. Dorten: Nein. Aber ich wünsche mir, Gesandter in Paris zu sein.

Kurze Nachrichten.

Die Regierung hat dem belg. Minister des Äußern mitgeteilt, daß sie auf der Konferenz von Spa nach dem Reichskanzler Müller und den Minister des Äußern, Dr. Koster, vertreten sein wird.

Nach einer Meldung aus Hamburg erklärte Reichsfinanzminister Dr. Blum in einer Versammlung, daß am Oktober auch der Rest der Zwangswirtschaft beseitigt werden können.

Der Millionendiebstahl in der Spandauer Altstadt, woraus vor Jahresfrist 60 Millionen rumänische Reis gestohlen worden waren, ist jetzt aufklärt. Als Täter wurden vier Mann verhaftet, die damals im Heeresdienst standen und mit der Bewachung des Schatzes betraut waren.

Der bayer. Landtag nahm das Gesetz über den Staatsgerichtshof über Ministeranklagen, Verfassungsbeschwerden und Verfassungsstreitigkeiten o. dgl. an.

Die Kommandeure und Offiziere der anhaltinischen Garison haben in Anwesenheit des anhaltinischen Staatsrates und eines Vertreters des Magdeburger Oberpräsidenten ein rückhaltloses Treuegelöbnis abgegeben.

Am 1. Juni erfolgte die endgültige Vereinigung der Polen angehörenden Teile der Provinz Posen mit Preußen und Galizien.

Infolge der Ereignisse in Deuthen erließen sämtliche politische Parteien einschließlich der Unabhängigen und Kommunisten einen Aufruf an die Bewohner des Stadt- und Landkreises, worin es heißt, daß die Ursache zu den Zusammenstößen mit franz. Soldaten der Umstand sei, daß legiere in Gemeinschaft mit deutschen Mädchen verführt worden seien.

In dem aus dem Kriege bekannten Sprengstofflager Hallschlag in der Eifel brach Feuer aus, woraus Munition, Säuren, Holz Maschinen und Magazine verbrannten. Im Werte von mehreren Millionen Mark verbrannte.

Ämtlich wird gegenüber erten Gerichten über österr. Waffenlieferungen nach Polen festgestellt, daß seit Monaten aus staatlichen Beständen keinerlei Lieferungen an Waffen und Munition an Polen getätigt wurden.

Durch Verordnung des ungar. Ministers des Innern werden sämtliche Freimaurer-Logen, Vereinigungen und Institutionen aufgelöst und ihre Vermögen Wohlfahrtszwecken zugewendet.

In Polen sind 250.000 Menschen an Typhus erkrankt. In Galizien sind ganze Städte entvölkert. Noch ärger als in Polen wütet der Typhus in der Ukraine, wo fast die ganze Bevölkerung von der Epidemie ergriffen ist.

Das Schwurgericht in Brabant verurteilte 14 Aktivisten, die sämtlich Mitglieder des Rates von Flandern waren, in contumaciam zu 10–20 Jahren Festungshaft, sowie den Angeklagten Verhaftung zum Tode.

Heimatsdienst.

Hachenburg, 7. Juni.

Stadtverordneten-Versammlung.

Am Freitag nachmittag 5 Uhr fand im Rathaus eine Sitzung der Stadtverordneten statt, zu der anwesend waren die Herren Bürgermeister Kappel, Beig. Brenner, Stadtv. Vorsteher Junior, Stadtverordnete Becker, Bernstein, Kind, Koch, Mies, Münch, Schmidt, Frau Schwinn, Weinberg.

Punkt 1: Befoldungsreform. Es hat eine gemeinschaftliche Sitzung von Magistrat und Finanzausschuß stattgefunden, in der beschlossen wurde, die Sache zu vertagen, bis festgestellt worden ist, was in benachbarten und gleich großen Städten bewilligt worden ist. Bis zur Regelung soll den Beamten, so weit sie es wünschen, ein Vorschuß von 800 Mark, den Angestellten in Höhe eines Monatsgehaltes gezahlt werden, der bei der Neuregelung anzurechnen ist. Die Versammlung genehmigt den Magistratsantrag.

Punkt 2: Ankauf von Grundbesitz. Es handelt sich dabei um Erwerbung von Bauland aus dem Besitz der Familie Ermen zum Zwecke der Neuanlage eines Stadtviertels und Fernhaltens von Spekulanten. Frau Ermen fordert 180 Mark für die Quadratrute und stellt eine Reihe weiterer Bedingungen, die der Magistrat nicht bewilligen zu können glaubt. Die Versammlung tritt dem Beschluß bei. Weiter geht es um Erwerbung eines Platzes zur Anlage eines Spiel- und Sportplatzes. Ein neben dem Turnplatz gelegenes Grundstück der Frau W. Mergler in einer Größe von 90 Quadratruten könnte für 20.000 Mark erworben werden. Ein Grundstück des Herrn Schneider wäre nur im Tausch gegen ein ähnliches im neu zu errichtenden Baugebiet zu haben, scheidet also nach Ablehnung dieses Planes aus. Die Versammlung beschließt, vom Kauf des Merglerschen Grundstückes vorläufig abzusehen, beauftragt aber den Magistrat, mit Frau Mergler über eine Pachtung, möglichst über eine Reihe von Jahren zu verhandeln und sich das Vorkaufsrecht vorzubehalten.

Punkt 3: Besuch verschiedener Landwirte um Übernahme von Straßen und Kosten. Im vorigen Jahre wurden mehrere Landwirte hiesiger Stadt, die sich zu einem Ring zusammengeschlossen hatten, wegen Preistreibe bei Milchverkauf zu Geldstrafen verurteilt. Sie beantragen jetzt Erlass ihrer Strafen u. Kosten durch die Stadt. Der Magistrat hält den Wunsch menschlich für berechtigt, hält seine Erfüllung aber prinzipiell für unmöglich und für gesetzlich unzulässig. Er beantragt daher, das Gesuch abzulehnen. Die Versammlung lehnt den Antrag des Magistrats mit 7 gegen 3 Stimmen ab.

Punkt 4: Instandsetzung der Mauer an der Ringstraße. Die Versammlung stimmt dem Antrag des Magistrats zu, die Mauer am Grundstück des Herrn Th. Kirchhöbel wieder instandzusetzen, wenn sich Herr Kirchhöbel bereit erklärt, so viel von dem Land abzugeben, daß die Mauer schräg aufgeführt werden kann.

Punkt 5: Verschiedenes. Nach Anerkennung der Dringlichkeit des Gegenstandes beschließt die Versammlung, die Entscheidung d. h. d. Forstbetriebsbeamten für früher geliefertes Brennholz auf 150 Mark jährlich festzusetzen. — Ein Antrag Kind, d. Magistrat möge sich mit der Forstbehörde in Verbindung setzen, um einen Abtrieb der Tannen am Wasserturm zur Schaffung von Vieh-

weiden zu erreichen, wird dem Magistrat als Material überwiesen. — Gleich ergeht es einer Anregung K o c h, die gegenwärtigen hohen Bodenpreise zum Verkauf von städt. Feldern zu benutzen, einem Wunsche Sch w i n n, im Lohgraben einen Teich zum Wäscheputzen anzulegen, einem Antrag W e i ß b e r g, die Vergebung größerer Fuhren seitens der Stadt nur durch Ausschreibung zu erledigen, und einer Beschwerde Sch w i n n betr. Weiden der Schaf- und Ziegenherde in Himbeer- und Heidelberdistrikten. — Herr B e c k e r bringt Beschwerden der städt. Arbeiter vor, weil sie die beschlossene Zulage noch nicht gekriegt hätten. Herr Bürgermeister Kappel entgegnet, die Arbeiter hätten alles bekommen, was sie zu fordern hätten. Neue tarifliche Lohnsätze seien bisher noch nicht zum Abschluß gekommen.

Schluß der Sitzung 7 1/2 Uhr.

Or.

Die Deutschnationale Volkspartei veranstaltete ein Wahlversammlungen am Freitag abend in der Westendhalle. Als Redner war Herr Buchhändler Sonnenschein, Marburg, erschienen. Er bezeichnete die kommenden Reichstagswahlen als die Schicksalswahlen des deutschen Volkes, die über die Frage zu entscheiden hätten, ob es so bleiben solle, wie es eineinhalb Jahre lang gewesen sei, oder ob ein anderes Regime geschaffen werden solle. Es habe keinen praktischen Zweck, die Gemüter über die Frage zu erhitzen, wer den Krieg gemacht o. verl. habe, sondern wer das Volk seit eineinhalb Jahren regiert habe und wie es dabei gefahren sei. Das Volk könne keinen Aufstieg verzeichnen, sondern trotz einzelner Schwankungen ständigen Abstieg und stehe unstrittig vor der Katastrophe. Unsere Wirtschaftspolitik nahe dem Zusammenbruch, eine Folge davon, daß die Regierung von der Revolution an eine grundverkehrte Politik getrieben habe. Kennzeichen derselben seien die schematische Einführung des Achtstundentages und die ebenso schematische Abschaffung der Akkordarbeit und der Versuch einer Sozialisierung einer ganzen Reihe von Betrieben unseres Wirtschaftslebens, ferner die Besetzung der wichtigsten Ämter des Staats- und Wirtschaftslebens mit Parteimännern. Die Futterkrippenpolitik habe ein ungeheures Beamtenheer geschaffen. Dagegen habe es die Regierung versäumt, Maßnahmen zur Hebung der Produktion zu treffen, obwohl nur durch ein erhöhtes Angebot eine Senkung der Preise zu erwarten sei. Mit solcher Wirtschaft müsse die Wahl aufkämen, ebenso mit den Maßnahmen der Steuerpolitik, durch die die Sozialisierung durch die Hintertür erreicht werden solle. Schon gleich beim Abschluß des Waffenstillstandes und des Friedens habe sich die Unfähigkeit der Regierung gezeigt. Wenn das deutsche Volk bessere Unterhändler gehabt hätte, hätten sich bessere Bedingungen herauschlagen lassen. Auch bei Bekämpfung des seit 1918 planmäßig vorbereiteten Aufstandes im Ruhrgebiet habe die Regierung ihr Unvermögen bewiesen. Erst als auch die Unabhängigen nach Hilfe schrien, habe sie eingegriffen. 15.000 Tote auf beiden Seiten seien die Folgen gewesen. Auf diese Art habe die Regierung jede Autorität im Volke verloren und habe Deutschland zum Gespött des Auslandes gemacht und ihm jeden Kredit geraubt. Helfen könne uns nur eine Politik der inneren Befriedung, nicht der Aufreizung des Klassenkampfes, wie sie das Betriebsrätegesetz mit sich gebracht habe. Das unter der Herrschaft der Demokratie hochgekommene Wucher- und Schiebertum, vielfach unter Führung jüdischer Elemente, müsse energisch bekämpft werden. Die Regierung solle über den Parteien stehen und deutschen Geist und deutsche Männer zur Führung des Staats- und Wirtschaftslebens berufen. Zum Schluß bekannte sich Redner zu einem lebendigen Christentum als dem Fundament eines neuen Aufschwunges, denn Religion sei nicht Privatsache, sondern Volksache. Darum sei auch die christliche Schule zu erhalten und zu schätzen. Mit der Bitte, für die Deutschnationale Partei zu wählen und zu werden, schloß Redner seinen Vortrag. Da sich niemand zu Worte meldete, ergriff Herr Stadtverordn. Sonnenschein das Schlusswort und bat, keine Wahlmüdigkeit aufkommen zu lassen, sondern es als heiligste Pflicht zu betrachten, mit dem Stimmzettel für Ordnung und Zucht, Glauben und Treue einzutreten.

Allen Altpensionären und Althinterbliebenen sollen rückwirkend vom 1. April 1920 zu der in Aussicht stehenden Regelung der gesetzlichen Bezüge und unter späterer Anrechnung auf diese 50 Prozent der bisher zuständigen Pension als Vorschuß gezahlt werden.

Frankfurt, 30. Mai. Der Preissturz für Lebensmittel hält an. Am Samstag kostete Reis vielfach schon 18.50 M., Bohnen 1.40 M., Schmalz 19 M., Kokos- 18.50 M., Kakao 18 M. Haserfloren 3.10 M. In den meisten Verkaufsstellen stockte der Absatz, da hier die Waren nicht unwesentlich teurer verkauft werden, so z. B. Bohnen mit 2.50 M., Kokosfett 19.50 M. In der Rhein-Mainischen Lebensmittelstelle ist die Zahl der Hilfsarbeiter von 115 auf etwa 30 herab- gerückt worden. Auch das städt. Lebensmittelamt mit sei- nem rund 1500 Beamten geht in den nächsten Tagen über- wegsig an den Abbau der Hilfskräfte.

Eingefandt.

Zur allgemeinen Geschäftslage. In einigen Tagesblättern in letzter Zeit die Forderung nach billigen Preisen hervorgerufen ist und das laufende Publikum auf den kommenden Preissturz vorbereitet wird, so muß man bei sachlicher Beurteilung zu machen, daß dies bei der heutigen Lage auf dem Arbeitsmarkt gänzlich ausgeschlossen sein kann. Die Preisbildung in der Textilindustrie ist haupt- sächlich bedingt durch die Belastung der Ware durch Löhne, Fracht etc. An einen Abbau dieser Unkosten ist aber nicht eher zu denken, bis Arbeiter und Ange- sehene ihr Leben billiger fristen können. Die Vorbedingung für einen Abbau ist in erster Linie „erhöhte Rohstoff- und Energieerzeugung“, wovon wir noch weit ent- fernt sind.

So heute im Großhandel vorhandenen Waren sind teilweise erheblich billiger, als die bei den Fabrikant- en in den letzten Monaten gezahlten und gegenwärtig mit hohen Aufschlägen verlangten Preise. Rohstoffe, welche die Industrie aus dem Auslande beziehen muß, sind trotz günstiger Verhältnisse darstellt, nicht billiger, weil die Preise auf dem ganzen Weltmarkt durch geringere Erzeugung andauernd gestiegen sind, was die Kurs- differenz ausgleicht. Außerdem wird durch die Beschrän- kung der Einfuhr in Textilwaren in absehbarer Zeit wieder Mangel bemerkbar machen, und ist bei Auf- hebung des Geschäftes, da der Bedarf in vielen Kreisen noch lange nicht gedeckt ist, eher eine weitere Preis- steigerung als ein plötzlicher Rückgang zu erwarten. Diese Auffassung wird von allen Fabrikantenkreisen fest- gehalten und findet in allen maßgebenden Fachzeitschriften Zustimmung. Im allgemeinen Interesse muß auch der Kleinhand- ler die ganze gegenwärtige Geschäftslage ruhig beurteilen und darf sich nicht zu übereiltem Herabsetzen der Preise bewegen lassen, weil dadurch größere Schäden für den Gesamtmarkt, rückwirkend auf die Industrie, und zuletzt auf die arbeitende Klasse, entstehen müssen.

V. Fröhlich.

Letzte Drahtmeldungen.

Verhafteter Mörder.

Breslau, 5. Juni. Das 8 Uhr-Morgenblatt meldet, der Mörder des in Berlin auf Veranlassung seiner Ehe- frau ums Leben gebrachten Oberlehrer Hemberger wurde in Breslau verhaftet. Der Mörder legte ein vollständiges Geständnis ab.

Die Südslaven in der Steiermark.

Brag, 5. Juni. Nach der Tagespost entsprechen die Südslaven dem Auftrag der Entente, die Stadt Rad- bersburg zu räumen, nur in dem Maße, als wie sich die Beibehaltung des Stadtteils auf dem linken Ufer der Mur in jenen auf dem rechten Ufer zurückgezogen hat, obwohl auch dieser Stadtteil österr. Gebiet ist.

Kraffin in England.

London, 5. Juni. Nachdem Lloyd George noch der Ministeratsitzung vorgestanden hatte, reiste er auf- bruch ab, ohne Kraffin vorher gesehen zu haben.

London, 5. Juni. Reuter erfährt, daß die nächste Zusammenkunft Kraffins mit den Mitgliedern des engl. Kabinetts am 27. Juni stattfinden wird. Hiervon wird sich voraussichtlich im Laufe der Woche eine Kon- ferenz mit dem obersten Wirtschaftsrat anschließen.

Neue Truppen nach Irland.

London, 5. Juni. Gestern sind 2400 Mann Trup- pen nach Irland abgegangen.

Aufhebung der amerikanischen Kriegsgesetze.

Paris, 5. Juni. Havas berichtet aus Washington: Das Repräsentantenhaus hat Resolutionen angenommen, durch die alle Kriegs- gesetze mit Ausnahme des Ge- setzes über die Lebensmittelkontrolle und über den Han- del mit dem Feinde aufgehoben werden.

Wahlergebnisse.

Wahlergebnisse in Hachenburg. Von 1231 (1254) Wahlberechtigten haben 996 (1089) gewählt, das sind 80,91 (86,84) %. Es wurden abgegeben für Wahl- voranschlag Zeilkin (Kommunistische Partei) — (—), Stim- men, Wahlvoranschlag Dismann (U.S.P.) 103 (6) Stim- men, Wahlvoranschlag Scheidemann (Mehrheitssozialist) 81 (214) Stimmen, Wahlvoranschlag Schüding (Demokratische Partei) 147 (338) Stimmen, Wahlvoranschlag Schwarz (Zentrum) 361 (385) Stimmen, Wahlvoranschlag Niefer (Deutsche Volkspartei) 281 (93) Stimmen, Wahlvoranschlag Döhring (Christlichnational) 16 (49) Stimmen. Die ein- stimmigen Jünger bezeichnen die Ergebnisse vom vor- herigen. 2 (4) Stimmentel waren ungültig. 24 Stimmen wurden auf Wahlzettel abgegeben.

Marienberg, 7. Juni. Bei der Wahl zum Deutschen Reichstag wurden gestern abgegeben für den Wahl- voranschlag 1 Zentrum: 11 (14), 2 Demokr.: 133 (214), 3

Komm.: 5 (—), 4 Dischnatl.: 62 (38), 5 U. S. P. 242 (228), 6 Dischn. Sp. 93 (16), 7 Soz. Partei 41 (56) Stim- men. Die Wahlbeteiligung betrug 77,67 (88,43) Prozent.

Albstadt, 7. Juni. Bei den gestrigen Reichstagswahlen wurden abgegeben für die U.S.P. 33 (—), Mehrheits- sozialdemokratie 39 (53), Demokratische Partei 10 (30), Zentrum 178 (197), Deutsche Volkspartei 42 (28), Dt. Ntl. Partei 20 (56) Stimmen. Wahlbeteiligung: 83 %.

Ritter, 7. Juni. Wahlergebnisse der Reichstagswahl 61 (3) U. S. P., 12 (87) Mehrheitssozialdemokraten 38 (13) Demokraten, 45 (59) Zentrum, 62 (31) Deutsche Volkspartei, 2 (55), Dischnational.

Neunkirchen, 7. Juni. Wahlergebnisse: 21 U. S. P., 10 Dem., 24 Zentr., 52 D. Sp., 83 Dntl.

Norfen, 7. Juni. Wahlergebnisse: 45 U. S. P., 2 Dem., 50 Ztr., 22 D. Sp., 42 Dntl.

Rietburg, 7. Juni. Wahlergebnisse: 31 U. S. P., 24 Dem., 1 Zentr., 40 D. Sp., 25 Dntl.

Ludwigsbach, 7. Juni. Wahlergebnisse: 1 U. S. P., 4 S. P., 130 Ztr., 1 D. Sp., 28 Dntl.

Uelzig, 7. Juni. Wahlergebnisse: 7 U. S. P., 1 S. P., 1 Dem., 110 Ztr., 18 D. Sp., 9 Dnl.

Westerburg, 7. Juni. Wahlergebnisse: 40 (—) U.S. P., 284 (424) S. P., 138 (249) Demokr., 82 (87) Zentrum, 135 (71) D. Sp., 1 (32) Dntl.

Verantwortlicher Schriftleiter:
Richard Grünrowsky, Hachenburg.

Ämtliches.

Verordnung

über eine Erhebung der Getreide- und Kartoffelbestände im Jahre 1920. Vom 29. April 1920.

Auf Grund der Verordnung über Kriegsmassnahmen zur Sicherung der Volksernährung vom 22. Mai 1916 (RGBl. S. 401-18, August 1917 (RGBl. S. 823) wird ver- ordnet:

- § 1. In der Zeit vom 20. Mai bis 5. Juni 1920 findet neben der durch Bundesratsbeschluss vom 1. Mai 1911 angeordneten allgemeinen Anbau- und Ernteflächen- erhebung eine Feststellung der von den einzelnen Bewirtschaftern (Betriebs- inhabern) bestellten Getreide- und Kartoffelflächen statt. Es sind festzustellen die Flächen beim feldmäßigen An- bau von
1. Weizen,
 - a) Winterfrucht,
 - b) Sommerfrucht,
 2. Spelz — Dinkel, Fejen —, Emmer und Einkorn, (Winter- und Sommerfrucht):
 - a) Winterfrucht,
 - b) Sommerfrucht,
 3. Roggen,
 - a) Winterfrucht,
 - b) Sommerfrucht,
 4. Gerste,
 - a) Winterfrucht,
 - b) Sommerfrucht,
 5. Gemenge aus den Getreidarten 1—4.
 6. Hafer ;
 7. Gemenge aus Getreide aller Art mit Hafer ; ferner
 8. Kartoffeln,
 - a) Frühjahrskartoffeln,
 - b) Spätkartoffeln.

§ 2. Die Erhebung erfolgt gemeindeweise (gutsbe- zirkswise) durch Befragung der Bewirtschaften (Be- triebshaber). Ihre Ausführung unterliegt den Gemeinde- behörden mit Hilfe der zu diesem Zwecke ernannten Sach- verständigen oder Vertrauensleute.

§ 3. Die Erhebung erfolgt durch Ortslisten nach dem beigefügten Muster. *) Alle Ernteflächen sind zur Orts- liste derjenigen Gemeinden anzugeben, von der aus die Bewirtschaftung geschieht.

*) Das Muster ist hierunter nicht abgedruckt.

§ 4. Die Gemeindebehörden haben die Richtigkeit der Flächenangaben zu überwachen und an der Hand der Grundstückskataster oder ähnlicher Unterlagen, der Feststellungen bei der Anbau- und Ernteflächen- erhebung des Vorjahres und durch sonstige geeignete Maßnahmen nachzuprüfen.

§ 5. Bewirtschaften landwirtschaftlicher Grundstücke und ihre Stellvertreter sind verpflichtet, den mit der Er- hebung Beauftragten über den Anbau und die Größe der bestellten Flächen alle geforderten Auskünfte gewissen- haft und wahrheitsgemäß zu erteilen.

Auch d. Grundeigentümer, die ihre Grundstücke nicht selbst bewirtschaften, sind auf Befragen zur Auskunft- erteilung über die Eigentums-, Pacht- und sonstige Nut- zungsverhältnisse sowie über die Art und Größe der Grundstücke verpflichtet.

Die zuständige Behörde oder die von ihr beauftragten Personen sind befugt, zur Ermittlung richtiger Angaben über die Ernteflächen die Grundstücke der zur Angabe Verpflichteten zu betreten, Messungen vorzunehmen sowie die Geschäftsbücher der Bewirtschaften einzusehen, auch hinsichtlich der Größe der Grundstücke Auskunft von Be- hörden einzuholen.

§ 6. Die Herstellung und Verjendung der Drucksachen erfolgt durch die obersten Landesbehörden.

§ 7. Die obersten Landesbehörden erlassen die Be- stimmungen zur Ausführung dieser Verordnungen. Sie können bestim- men, daß neben oder anstelle von Ortslisten Fragebogen zu verwenden sind, sie können die Erhebung auch auf andere Früchte erstrecken und sonstige Änderun- gen der Fassung der Ortsliste vornehmen, insbesondere ein anderes Flächenmaß vorschreiben.

Die Ausführungsbestimmungen sind dem Reichsmini- sterium für Ernährung und Landwirtschaft bis zum 20. Mai 1920 einzufenden.

§ 8. Die obersten Landesbehörden haben eine nach Bezirken der untersten Verwaltungsbehörden gegliederte

Zusammenstellung der Ergebnisse der Erhebung d. Reichs- ministerium für Ernährung und Landwirtschaft bis zum 10. Juli 1920 einzufenden.

§ 9. Die Kommunalverbände sind verpflichtet, die Er- gebnisse über die Erhebung der Ernteflächen beim feld- mäßigen Anbau von Frühjahrskartoffeln der Reichskartoffel- stelle unmittelbar bis zum 20. Juni 1920 mitzuteilen. Die Reichskartoffelstelle erläßt die näheren Bestimmungen.

§ 10. Wer vorsätzlich die Angaben, zu denen er nach dieser Verordnung oder den zu ihrer Ausführung erlässe- nen Bestimmungen verpflichtet ist, nicht oder wissentlich unrichtig oder unvollständig macht, oder wer der Vor- schrift im Par. 5 Abs. 3 zuwider das Betreten der Grund- stücke oder die Einsicht in die Geschäftsbücher verweigert, wird mit Gefängnis bis zu sechs Monaten oder mit Geld- strafe bis zu 10,000 Mark oder mit einer dieser Strafen bestraft.

Wer fahrlässig die in Absatz 1 genannten Angaben nicht oder unrichtig oder unvollständig macht, wird mit Geld- strafe bis zu 3000 Mark bestraft.

§ 11. Diese Verordnung tritt mit dem Tage der Ver- öffentlichung in Kraft.

Berlin, 29. April 1920.

Der Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft.
J. B.: Dr. Huber.

R. G. 4396. Marienberg, 31. Mai 1920.

Wird veröffentlicht. Mit Rücksicht darauf, daß die erforderlichen Unterlagen (Ortslisten, Fragebogen usw.) noch nicht eingegangen sind, muß die Zeit für die Anbau- und Ernteflächen- erhebung etwas verschoben werden.

Sch. lasse weitere Bekanntmachungen folgen.

Der Vorsitzende des Kreisausschusses: Ulrich.

Tgb. Nr. R. G. 4289. Marienberg, den 20. Mai 1920

Auf Lager der Firma Phil. Schneider in Hachenburg befinden sich getrocknete Futterrüben, Haferkleie, Serr- della-Schrot und Melasse, die als Futtermittel abge- geben werden können.

Außerdem sind noch einige Zentner beschädigtes ame- rikanisches Hafermehl vorhanden. Bezugsscheine stellt das Futtermittelamt beim Kreisausschuß (Zimmer 24) aus.

Der Vorsitzende des Kreisausschusses: Ulrich.

Tgb. Nr. R. A. Nr. 4283. Marienberg, den 22. Mai 1920

Der zum Richter der Gemeinde Eichenstruth ernannte Wilhelm Weber von da, ist von mir bestätigt worden.

Der Landrat: Ulrich.

Tgb. Nr. W. A. 235. Marienberg, 22. Mai 1920.

Erinnerung.

Die Herren Bürgermeister von Bach, Bölsberg, Brett- hausen, Giesenhäuser, Großheßen, Heimbörn, Höhn- Urdorf, Kunder, L. Bach b. M., L. Bach b. R., Liebenfeld, Limbach, Linden, Löhnsfeld, Merkelb., Mittelharter, Nör- len, Niederharter, Norfen, Oberharter, Ollingen, Rof- bach, Rogenhahn, Schmidhahn, Schönbach, Steinebach, Stockhausen-Alturth, werden hiermit an die Erledigung meiner Undruckverfügung vom 11. 5. 1920 J. Nr. R. A. 4174 betreffend Ramhaftmachung von Besitzern der Miet- einigungsämter erinnert.

Trifft drei Tage.

Der Vorsitzende des Kreisausschusses: Ulrich.

Tgb. Nr. R. G. 4378. Marienberg, den 28. Mai 1920

An die Herren Bürgermeister des Kreises.

Verteilung von Schmalz.

Auf den Kopf der versorgungsberechtigten Bevölke- rung gelangen in den nächsten Tagen 800 St. Aus- landschmalz zur Verteilung. Die Abgabe erfolgt auf Absatz 25 der Warenkarte C. Der Preis stellt sich auf 19,00 Mark pro Pfund im Kleinhandel.

Die Verteilungsstellen liefern das Schmalz an die Ge- meinden zum Preise von 18,00 Mk. pro Pfund. Ich er- suche die Herren Bürgermeister, das Schmalz sofort ab- holen zu lassen, und geeignete Gefäße zur Verfügung zu stellen. (Das Schmalz ist in großen Fässern geliefert worden und müssen also kleinere Gebinde bei Abholen des Schmalzes mitgebracht werden.)

Ich ersuche ferner dafür Sorge zu tragen, daß Un- regelmässigkeiten bei der Verteilung nicht vorkommen.

Die freigestellten Mengen sind den Verteilungsstellen bekannt und werden auch den Gemeinden durch besonderes Rundschreiben mitgeteilt.

Der Vorsitzende des Kreisausschusses: Ulrich.

Tgb. Nr. R. G. 4209. Marienberg, 20. Mai 1920.

An die Ortspolizeibehörden des Kreises.

Nach Mitteilung des Preuss. Landes-Zuckeramtes in Berlin vom 7. Mai 1920 muß infolge beträchtlicher Aus- fälle in der Zuckerernte 1919 eine Kürzung der monatlich zu verabschlagenden Zuckermenge eintreten.

Vom 1. Juni 1920 ab gelangt pro Person nur noch 1 Pfund Zucker monatlich zur Ausgabe. Die vorhandenen Zuckerreserven werden der Bevölkerung zusammen mit dem Zucker für Juni als Einmalzucker zur Verfügung ge- stellt. Es gelangen im Juni 4 Pfund Zucker pro Kopf der Bevölkerung zur Verteilung.

Der Vorsitzende des Kreisausschusses: Ulrich.

Daaden, 18. Mai 1920.

Unter den Rindviehbeständen des Robert Stein, Obe- dreisbach, Eduard Strunk II. und Robert Talmann zu Weitefeld ist die Maul- und Klauenseuche festgestellt wo- den.

Der Bürgermeister: J. B.: Knobloch.

L. 2431. Westerburg, 15. Mai 1920.

Bei 24 Viehbesitzern der Gemeinde Mittelhofen ist d. Maul- und Klauenseuche amtlich festgestellt worden. D. erforderlichen Schutzmaßnahmen sind angeordnet. Au- Ortsperre wurde verfügt.

Der k. Landrat.

Landwirtschaftliche Zentral-Darlehenskasse für Deutschland
Filiale Frankfurt am Main.

Bezirks-Bauernschaft für Nassau und den Kreis Wehlau
gez. Hepp. gez. Kraus.
